

DER MASSNAHMENSTAAT UND SEINE FREUNDE

Sezieren heißt Rache nehmen.

Gustave Flaubert

Allein durch seine bloße Existenz befördert der Staat den Glauben an seine Legitimität. »Von Seiten der Beteiligten« entstehe, erläutert Max Weber in seiner soziologischen Kategorienlehre, die »Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung«¹, denn Menschen möchten in einer Ordnung leben, die sie als richtig und im besten Fall als gerecht empfinden. Und dies gilt keineswegs nur für die Demokratie. Jede Herrschaft versucht, »den Glauben an ihre ›Legitimität‹ zu erwecken und zu pflegen«.²

Der moderne Staat in seiner vielgestaltigen Präsenz führt Entscheidungen herbei – egal ob durch demokratische Prozesse oder autoritäre Befehle – und setzt sie durch. Während der demokratische Rechtsstaat seine Legitimität ständig neu aus korrekten – weil legalen – Verfahren gewinnt, versuchen Diktaturen, sich mit Ideologien, charismatischen Führern oder Notstandssituationen zu rechtfertigen. Ob, wie lange und von wie vielen Bürgern das akzeptiert oder mitgetragen wird, die vorgefundene Ordnung also gilt,³ hängt maßgeblich von ihrem Legitimitätsglauben ab. Dieser Glaube spiegelt nicht in jedem Falle deren tatsächliche Rechtmäßigkeit wider. Doch ohne ihn verwandelt sich Herrschaft in pure Machtausübung. Aus der »Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«, wird die »Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«.⁴

Wenn der Glaube an die Legitimität staatlichen Handelns schwindet, müssen die Machtmittel verstärkt werden. Der zunächst freiwillig geleistete Gehorsam wird erzwungen und wandelt sich allmählich oder auch schubweise in die Unterwerfung. Während der Bürger eines Gemeinwesens den Gesetzen Gehorsam leistet, werden dem Untertan Unterwerfungsgesten abverlangt. Am Ende ist völlig sinnfrei

der Gesslerhut zu grüßen. Ein solcher Statuswechsel ändert die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten grundlegend. Hinzu kommt: Die Unterwerfung kann auch freiwillig vollzogen, muss als solche nicht spürbar werden. Der Unterworfenen hält an seinem Glauben an die Legitimität des staatlichen Handelns fest und meint, auf diese Weise unbehelligt sein Leben fortsetzen zu können. Möglicherweise spürt er nun auch den Drang, andere Mitbürger zur Unterwerfung anzuhalten oder Abweichungen an geeigneter Stelle zu melden. Im Einklang mit der Ordnung sein, das Vorgegebene reproduzieren, sind Verhaltensweisen, die das Zusammenleben stabilisieren und harmonisieren, aber eben auch die Chancen der Machthaber, ihre Machtfülle auf Kosten der Freiheit zu erweitern, steigern können.

Vieles spricht dafür, dass solche Vorgänge gerade zu beobachten sind und wir uns mitten in einem Epochenwechsel befinden. In Umrissen deutet sich ein postdemokratisches Zeitalter an. Ob diese Wahrnehmung zutrifft, man also die Notbremse ziehen müsste, wissen wir mit Bestimmtheit erst nach der Ankunft. Denn wenn man im Zug sitzt, sieht man ihn ebenso wenig, wie das Ziel, auf das er zufährt. Das ist das Dilemma jeglicher Zeitdiagnostik. Fest steht: es ist dieses Mal nicht der Kairos, den man beim Schopfe packen müsste, um die Gelegenheit zu nutzen. Die Friedliche Revolution eröffnete 1989 eine solche Gelegenheitsstruktur. Der Glaube an die Legitimität des SED-Regimes war zerfallen, und die Menschen bereiteten mit Massendemonstrationen Freiheit, Demokratie und Wiedervereinigung den Weg. Die Regierenden mussten diesen Weg nur beherzt beschreiten – den Mantel der Geschichte ergreifen, wie es damals hieß. Zweifler, die den Kairos verkannten, wie der Kanzlerkandidat der SPD, verblieben am Wegesrand.

Dreißig Jahre später zeigt sich nun der Gott des Verhängnisses, Moros. Er zieht nicht vorbei, so dass eine Gelegenheit zu ergreifen wäre. Vielmehr zieht er

seine Fäden, und es ist den Zeitgenossen kaum möglich, all die Verstrickungen zu erkennen, die letztlich eine verhängnisvolle Entwicklung bewirken. Während sich 1989/90 eine Gelegenheitsstruktur entwickelte, die Freiheit schenkte, deutet heute einiges auf eine diabolische Verhängnisstruktur hin, die Freiheit nimmt und aus der es kein Entrinnen gibt. Nun könnten sich auch die Revolutionen, die den Kommunismus zu Fall brachten, als ein lediglich retardierendes Moment erweisen; gewissermaßen als Konterrevolutionen in einem Prozess, der die westlichen Demokratien schon seit Längerem erfasst hat.

Die geschlossene Gesellschaft der Wohlgesinnten

Wie ist es möglich, dass eine politische Klasse, die jahrzehntelang in Sonntagsreden die Vorteile der Demokratie, den Schutz der Grundrechte und die Bedeutung der Freiheit betont hatte, im Frühjahr 2020 innerhalb von Wochen umschwenkte und nach anfänglichen Bedenken zahlreiche »rote Linien« überschritt, die unsere Demokratie nach der Diktaturerfahrung des 20. Jahrhunderts gezogen hatte?⁵ Und warum entfalteten die tonangebenden Medien, die bislang staatlichen Maßnahmen für mehr Sicherheit meist in die Nähe eines angeblich angestrebten Überwachungsstaates gerückt und Aktivitäten der Pharmaindustrie als finstere Verschwörungen zur Profitmaximierung gedeutet hatten, nun eine massive Propaganda für autoritäre Maßnahmen und die neuartigen Impfstoffe? Was geht in einem Beamten oder Angestellten vor, der beauftragt wird, an seinem Schreibtisch Kontrollmaßnahmen, Einschränkungen und Strafen für unbescholtene Bürger zu ersinnen? Wie ist zu erklären, dass die Mehrheit der Bevölkerung in sämtlichen Umfragen seit dem Frühjahr 2020 und letztlich auch mit ihren Wahlentscheidungen den Maßnahmen der Regierung – mögen sie auch noch so unangemessen, unverhältnismäßig und sinnlos sein – zustimmt oder gar deren Verschärfung fordert?

In nahezu allen westlichen Demokratien ist es inzwischen gelungen, eine jeweils politische korrekte Sichtweise auf die meisten Herausforderungen der Gesellschaft zu etablieren, von der abzuweichen zu vielfältigen Konsequenzen führen kann. Egal, ob sich Hunderttausende Flüchtlinge auf den Weg machen, dem Klimawandel zu begegnen ist oder eine Virus-erkrankung die Welt heimsucht, stets greifen dieselben Mechanismen im politischen Betrieb. Nach einer kurzen Besinnungs- und Orientierungsphase wissen sämtliche Akteure der moderierenden, schwatzenden

und zensierenden Berufe, wie das neue Problem zu handhaben ist und wer dem im Wege steht. Wer das jeweilige Framing ignoriert und damit nicht dem »Mehrheitsdiskurs« zugerechnet werden kann, wird diskreditiert, diskriminiert und disqualifiziert – die 3D-Regel der öffentlichen Kommunikation. Die dominierende Elite hat eine geschlossene Gesellschaft geschaffen, in der die Wohlgesinnten unter sich bleiben und die Realität ihrer Agenda anpassen. Dies führt auch zu politischen Fehleinschätzungen mit schwerwiegenden Folgen.

Ein Beispiel dafür ist der Abzug aus Afghanistan nach einer zwanzigjährigen Mission. Die Lage dort, die eingesetzten Mittel und der überstürzte Abzug – nichts davon entsprach der Realität oder wurde ihr gerecht. Jedem waren diese Informationen zugänglich, nur dem politischen Betrieb und den zuständigen Ministerialverwaltungen schien die wahre Situation in Afghanistan verborgen geblieben zu sein. Es war nicht zu übersehen, dass die Bundesregierung keine Ahnung von der Entwicklung im Land, geschweige denn von den richtigen Instrumenten zur Verbesserung der Lage hatte. Diese Plan- und Hilflosigkeit steht in eigentümlichen Kontrast zu den immer wahnwitzigeren Weltrettungsplänen, die, multilateral auf europäischer und internationaler Ebene unter wesentlicher Beteiligung Deutschlands entworfen, inzwischen in mehrere gesellschaftliche Großexperimente mit ungewissen Ausgang gemündet sind. Ob unregelte Massenzuwanderung, Energiewende, Dekarbonisierung der Wirtschaft und des Verkehrs, Eurorettung und nun ein kleinteiliges Gesundheitsregime – all das sind experimentelle Versuchsanordnungen, die tief in das Leben der Bürger eingreifen und schrittweise ein Land schaffen, in dem man nicht mehr gerne leben möchte.

Grundrechte wurden zu Privilegien

Die bei all diesen Experimenten postulierte Alternativlosigkeit ist nicht nur mit einer pluralistischen Gesellschaft unvereinbar, sie führt auch zu von ihr sich absplattenden Realitätswahrnehmungen. Diese

1 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1972³, S. 16.

2 Ebenda, S. 122.

3 Ebenda, S. 19.

4 Ebenda, S. 28.

5 Der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz hat wenige Tage vor seiner Verteidigung verbreiten lassen, dass es für seine Regierung keine »roten Linien« geben werde. Er bestätigte damit offiziell, was in diesem Text bereits im Spätsommer 2021 formuliert wurde.

Wahrnehmungen stehen sich nun, wie einst die monotheistischen Weltreligionen, völlig unvereinbar gegenüber. Es sind tatsächlich unterschiedliche »Wahrheitssysteme« entstanden. Wer in dieser Konstellation die Macht über den Diskurs hat, wer Begriffe definiert oder eliminiert, der hat gute Chancen, »innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«⁶. Er ist in der Lage, Wahlen rückgängig machen zu lassen, Verfassungsrichter zum Essen einzuladen, um wohlfeile Urteile zu erlangen, Geheimdienste auf politische Gegner loszulassen, regierungskritische Demonstrationen zu verbieten, Teile der Bevölkerung vom öffentlichen Leben auszuschließen, Meldestellen für Denunziation einzurichten, Ausgangs- und Verweilverbote zu erlassen, Grundrechte zu Privilegien umzudeuten.

Diskurshegemonie und Deutungsmacht sind Voraussetzungen dafür, dass diese schwerwiegenden Vorgänge trotz vereinzelter Kritik vorerst nicht den Legitimitätsglauben der Bevölkerungsmehrheit erschüttern. Jean-Claude Juncker hat die angewandte Strategie bereits vor vielen Jahren für die Ebene der Europäischen Union beschrieben: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«⁷

»Geschrei« gibt es deswegen nicht, weil die dominierenden Medien mitspielen. Sie versehen diese Vorgänge mit einer neuen Rahmung oder berichten gar nicht darüber. Kritische Berichterstattung oder Meinungen werden von dubiosen Faktencheckern »widerlegt«. Hinzu kommt die laufende Ausweitung der Zensur in den sozialen Medien bzw. Plattformen. Wie leistungsfähig dieses System geworden ist, zeigt sich daran, dass selbst extreme Auswüchse des Corona-Regimes in Deutschland nur schwachen Widerspruch erregen. Nun zahlt es sich aus, dass seit Jahren Abermillionen von Steuergeldern für eine Demokratie simulierende »Zivilgesellschaft« bereitgestellt werden. Mag auch der Erfolg in der Breite der Bevölkerung begrenzt sein, das öffentliche Sprechen ist erstickt unter Konformität und vorauseilendem Gehorsam. Schließlich beißt niemand die Hand, die ihn nährt.

Das ausbleibende »Geschrei« – jedenfalls aus der dominierenden Deutungselite – war für die Regierenden ein Ansporn, in der Corona-Pandemie die

Bürger mit immer kleinteiligeren Regelungen einzuschränken. Jede Nische wurde ausgeleuchtet, selbst in die Privaträume der Bürger behielt sich der Staat vor, einzudringen. Hannah Arendt hat derartige Lebensumstände als Tyrannei beschrieben: »Die Bürger wurden in ihre Haushalte verwiesen, und der Raum, auf dem sich der freie Verkehr unter Gleichen abspielte, die Agora, war vereinsamt. Die Freiheit hatte keinen Raum mehr, und das hieß, politische Freiheit gab es nicht mehr.«⁸ In der Tat, wer heute seine Wohnung verlässt – sofern das nicht auch gerade untersagt ist –, der muss sich ständig ausweisen, Daten privatester Art hinterlassen, sich testen lassen, Zertifikate beibringen, sich das Gesicht verhüllen. Der öffentliche Raum – eine Voraussetzung der Demokratie – ist nicht mehr frei zu betreten, die Meinungsbildung findet in den Echokammern des Internets statt.

Es ist genau der Staat entstanden, gegen den die Verfassungsväter und -mütter die ihm vorgelagerten Grundrechte in der Verfassung verankert haben. Das Corona-Regime hat die Menschen von Subjekten einer auf Beteiligung setzenden Demokratie zu Objekten von Fürsorge, Bevormundung und Restriktionen gemacht und damit die Würde des Menschen nicht nur angetastet, sondern verletzt. Was im Grundgesetz als unantastbar deklariert wurde, ist zu einem Luxusgut geworden, dessen Gebrauch als unsolidarisches Verhalten umgedeutet wurde.

Es gibt keine »roten Linien« mehr

Damit sind nicht nur »rote Linien« überschritten worden. Wir haben uns nun auch jenseits dieser Zäsuren einzurichten. Was vor zwei Jahren noch unvorstellbar war, nämlich chinesische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen, ist zur »neuen Normalität« gemacht worden. Es gelang, diese »Normalität« als adäquate und »alternativlose« Reaktion auf die Pandemie zu etablieren. Bei Kritik an ihrem Handeln fühlen sich die bestimmenden Akteure nicht ertappt, sondern sind empört. Empört über den Unverstand ihrer Kritiker, deren Versuche, das Geschehen zu verstehen, sie als »Verschwörungstheorien« bezeichnen. Sie dagegen handeln aus gutem Glauben, aus Einsicht in die Notwendigkeit, die ihnen »die« Wissenschaft in Gestalt handverlesener Vertreter vermittelt. Diese Einsicht verlangen sie auch den Unterworfenen ihrer Maßnahmen ganz selbstverständlich ab. Umfragen und Wahlen zeigen, dass sie damit bislang Erfolg haben.

Man kann viele der Maßnahmen für gerechtfertigt und sinnvoll halten. Der Staat musste handeln. Aber selbst die Befürworter aller Maßnahmen werden kaum widersprechen können, dass die Freiheit und die dem Staat vorgelagerten Grundrechte in der Abwägung eine zunehmend geringere Rolle gespielt haben. Der Wettbewerb zwischen den Ministerpräsidenten der Länder, wer denn der jeweils Strengste oder Lässigste bei den Corona-Verordnungen war, wurde durch einen einheitlichen Tunnelblick abgelöst. Die Wände des Tunnels bestehen aus mehr oder weniger fragwürdigen Zahlen, die das durch die Maßnahmen verursachte Leid unsichtbar machen. Sollte schließlich doch irgendwann das Ende dieses Tunnels erreicht werden, wird man vergeblich nach dem Knopf suchen, auf den man drücken kann, um den Zustand vor der Pandemie herzustellen. Schnell wird es neue Notwendigkeiten für Maßnahmen geben. Die Welt muss gerettet werden! Der Instrumentenkasten dafür steht bereit, und »rote Linien« gibt es nicht mehr.

Während die »neue Normalität« freiheitsliebende Bürger in einen Dauerzustand von Entsetzen und Fassungslosigkeit versetzt hat, nimmt sie der Untertan in Kauf, richtet sich ein und klopft gar die neue Lage nach möglichen Vorteilen ab. Die Mehrheit der Bevölkerung meint, dass all diese Maßnahmen im Wesentlichen richtig seien. Die Mehrheit hat Angst vor einer Ansteckung und nimmt die Einschränkungen hin, deutet sie – obwohl verordnet – als Solidarität. Um eine Überlastung von Krankenhäusern und besonders deren Intensivstationen zu verhindern, hat der Staat nicht etwa die vorhandenen Kapazitäten erweitert, sondern eine akribische Feinsteuerung des menschlichen Miteinanders und Handelns entwickelt, an der alle Anbieter und Akteure, die auf irgendeine Weise im öffentlichen Raum agieren, mitwirken müssen.

Die Vorbilder finden sich in der Geschichte der Seuchenbekämpfung. Zwei grundsätzliche Herangehensweisen sind unterscheidbar: Exklusion aus der menschlichen Gemeinschaft oder deren totale Disziplinierung. Der Umgang mit Aussätzigen wird im Buch Levitikus genau beschrieben. »Er soll abgesondert wohnen, außerhalb des Lagers soll er sich aufhalten.« (Lev 13,46) Für die Pest genügten diese Vorschriften nicht mehr. »Der Pest als zugleich wirklicher und erträumter Unordnung steht als medizinische und politische Antwort die Disziplin gegenüber.«⁹ Michel Foucault hat in seinem Werk *Überwachen und Strafen* die staatlichen Maßnahmen, die im 17. Jahrhundert in Anbetracht der Pest ergriffen wurden,

als das »kompakte Modell einer Disziplinierungsanlage« interpretiert, »jener geschlossene, parzellierte, lückenlos überwachte Raum, innerhalb dessen die Individuen in feste Plätze eingespannt sind, die geringsten Bewegungen kontrolliert und sämtliche Ereignisse registriert werden, eine ununterbrochene Schreibearbeit das Zentrum mit der Peripherie verbindet, die Gewalt ohne Teilung in einer bruchlosen Hierarchie ausgeübt wird, jedes Individuum ständig erfasst, geprüft und unter die Lebenden, die Kranken und die Toten aufgeteilt wird.«¹⁰ Deshalb gleichen die im 14-Tage-Rhythmus in den Ländern verabschiedeten Corona-Verordnungen Strafvollzugsgesetzen. Es entsteht ein Panoptikum – ein ideales und perfektes Gefängnis, wie es Foucault beschrieben hat –, in dem selbst »Lockerungen« der »Erreichung des Vollzugsziels« dienen.¹¹

Trotz der fortwährenden Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit ist es ein schwieriges Unterfangen, die Akzeptanz und damit den Glauben an die Legitimität dieses Notstandsregimes zu gewährleisten. Denn anders als bei früheren Seuchen, deren verheerende Wirkungen nicht zu übersehen waren, hat diese Pandemie erst mit der Dauerbeschallung aus Medien und Politik, Maskenpflicht und ähnlichen öffentlich sichtbaren Attributen ihre bedrohliche Wirkung voll entfaltet. Neben dem Schüren von Angst griff man auf ein Mittel der Altvorderen zurück: den Sündenbock, der für eine Fortführung des Hygieneregimes verantwortlich gemacht werden kann. Der Ungeimpfte kristallisierte sich nach dem ergangenen »Impfangebot« an jedermann aus der diffusen Menge der Corona-Maßnahmen-Kritiker heraus und ist die biblische Figur des Aussätzigen, den man der disziplinierten Mehrheit präsentierte und mit sorgfältig erdachten Diskriminierungen überzog. Es gelang, wie schon bei vorangegangenen Protestbewegungen aus der Mitte (und den Rändern) der Bevölkerung, Kritiker mit einem geschickten medialen Framing zu Unberührbaren zu machen, indem man sie an die

6 Ebenda.

7 Zit. v. Dirk Koch: »Die Brüsseler Republik«, in: *Der Spiegel*, Nr. 52 vom 27.12.1999, S. 136.

8 »Ein aufgeklärter Tyrann mag für das Wohlergehen einer Stadt von Vorteil sein. Nur mit der Freiheit war es dann vorbei.« (Hannah Arendt: *Denken ohne Geländer. Texte und Briefe*. Bonn 2006, S. 78)

9 Michel Foucault: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/Main 2020⁹, S. 254.

10 Ebenda, S. 253.

11 »Lockerung« ist ein Begriff aus der Praxis des Strafvollzugs; Sächsisches Strafvollzugsgesetz, § 38.

Ränder drängte und schließlich *extra muros* stellte. Damit wurde ein Überspringen des Protestes auf die breite Bevölkerung – wie etwa in Frankreich, der Schweiz oder Italien – erfolgreich verhindert.

Angst ist zum wichtigsten Instrument der Politik geworden. Angst rechtfertigt den autoritären Maßnahmenstaat. Angst kann auch den Glauben an die Legitimität des staatlichen Handelns stärken. Wer sich dieser Angst entzieht, wird zum Gefährder erklärt. Die Mehrheit wird so lange es irgend geht, an ihrem Glauben festhalten und dankbar die gebotenen Narrative annehmen, denn wenn dieser Glaube schwindet,

könnte sich Entsetzen breitmachen. Entsetzen über das, was angerichtet wurde.

Wahrscheinlicher aber ist: Man wird weiterhin Sündenböcke finden, Gründe für Fehlentwicklungen verunklaren und Diktatursozialisationen diagnostizieren. Der jakobinische Kampf für eine bessere Welt formt eine Matrix, in der man gut und gerne leben kann, solange man glaubt, was zu glauben ist. Zweifler dagegen werden in dieser Matrix zu Abgehängten oder Dissidenten; Freiheit und Vertrauen haben in ihr keinen Raum. Daher haben beide das Weite gesucht und kommen von allein nicht zurück.



Frieder Heinze: *Box*, 2021